



Deutliche Worte vom IWF Lagarde warnt US-Politik vor Versagen



Etatstreit ist schlimm - Hängepartie bei Schuldenobergrenze wäre schlimmer, sagt IWF-Chefin Lagarde.

Freitag, 04. Oktober

Die Patt-Situation in den USA bedroht nach Ansicht des Internationalen Währungsfonds die Weltwirtschaft. Auch bei der Fiskalpolitik haben die USA eine besondere Verantwortung. Den Europäern trägt der Fonds auf, die Reformen fortzusetzen.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) warnt vor einem Schaden für die Weltwirtschaft durch den Streit um die US-Schuldengrenze. Sollte sich die Politik in Washington nicht auf eine Anhebung des Limits einigen, brächte das Probleme sowohl für die Wirtschaft in den USA als auch weltweit mit sich, sagte IWF-Chefin Christine Lagarde. Es sei daher absolut notwendig, diese Frage schnellstmöglich zu klären. "Der Verwaltungsstillstand ist schlimm genug, aber ein Versagen bei der Erhöhung der Schuldenobergrenze wäre viel schlimmer und könnte nicht nur die US-Konjunktur ernsthaft beschädigen, sondern die gesamte Weltwirtschaft."

Das Wirtschaftswachstum in den USA sei bereits durch eine zu starke Haushaltskonsolidierung ausgebremst worden, sagte sie. Weil sich der US-Kongress nicht auf ein umfassendes Etat-Paket einigen konnten, waren Anfang des Jahres automatische Ausgabenkürzungen in Kraft getreten.

Fed zu Transparenz und Vorsicht ermahnt



Notstand durch US-Haushaltsstreit Verheerende Wirtschaftsfolgen befürchtet

Die Republikaner und die Demokraten von Präsident Barack Obama führen derzeit einen erbitterten Streit um den US-Haushalt, der aber nur als Vorgeplänkel für den Konflikt um die Anhebung der Schuldengrenze gilt. Sollten die beiden Lager dabei keine Einigung erzielen, droht den USA Mitte Oktober die Zahlungsunfähigkeit. Wegen des Haushaltsstreits steht die US-Verwaltung derzeit teilweise still, nicht unbedingt benötigte Bundesangestellte wurden in Zwangsurlaub geschickt.

Deutliche Worte fand die Französin auch beim Thema Fiskalpolitik. Wenn die USA als größte Volkswirtschaft der Welt nun einen Wendepunkt in ihrer bislang extrem lockeren Geldpolitik einleiteten, müsse sie sehr vorsichtig dabei sein. "Die USA haben eine besondere Verantwortung", sagte sie. Die Notenbank Fed müsse ihre Schritte klar kommunizieren und an die Wachstums- und Arbeitsmarktdaten koppeln.

Leichtes Wachstum in der Eurozone

Mit Blick auf die Weltkonjunktur sagte Lagarde, dass es zwar in den Industrieländern wieder Zeichen der Hoffnung gebe. Aber dafür hätten die Schwellen- und Entwicklungsländer nun mit Problemen zu kämpfen. In dem Ausblick eine Woche vor Beginn der gemeinsamen Jahrestagung von IWF und Weltbank erklärte sie, dass die Wirtschaft in der Eurozone im kommenden Jahr um rund ein Prozent wachsen dürfte.

Lagarde mahnte zudem, bei den Reformen nicht nachlassen. Die Bankenunion müsse vorangetrieben werden. Und umfassende, gemeinsame Reformen auf den Produkt- und Arbeitsmärkten könnten das Bruttoinlandsprodukt in fünf Jahren um 3,75 Prozent ansteigen lassen, schätze der IWF. Allerdings sei die Arbeitslosigkeit in der Währungsunion nach wie vor viel zu hoch, vor allem für jüngere Menschen.

Schwellenländer auf steinigem Weg

Die Schwellen- und Entwicklungsländer rief sie zu Geduld und Beständigkeit auf. Dass Investoren wegen der Aussicht auf eine anziehenden Geldpolitik ihre Mittel aus den Regionen

abzögen, führe zu Turbulenzen und schwächeren Wachstumszahlen. Die Regierungen müssten mit geeigneten Maßnahmen das Schlimmste vermeiden, etwa indem sie erlaubten, dass ihre Währungen an Wert verlören. "Diese Länder werden wahrscheinlich den Rest des Jahrzehnts damit verbringen, sich an die neue Realität anzupassen", sagte Lagarde.

Mit Nachdruck drängte die IWF-Chefin erneut auf global einheitliche Finanzreformen. "Verzögerungen sind ein echtes Problem." Systemkritische Finanzinstitutionen, Märkte für hochspekulative Anleihen und Schattenbanken müssten grenzüberschreitend überwacht werden. Das gehe aber nur in internationaler Kooperation und mit Hilfe der Finanzindustrie.